

S2 4./5. Mai 2013 Teil 1

Streit um Parkraum am U-Bahnhof

Beim Erörterungstermin zum künftigen Halt Martinsried
fordert der Anwalt der Bürgerinitiative 300 Stellplätze

VON RAINER RUTZ

Planegg – Mit heftigen Attacken gegen die Regierung von Oberbayern, den MVV und die Gemeinde Planegg wartete beim Erörterungstermin für die U-Bahn-Verlängerung nach Martinsried der Anwalt der Bürgerinitiative Martinsried (BIM), Christoph Werner, auf. Im nur schwach besetzten Kupferhaus in Planegg bezeichnete Werner das Verfahren insgesamt als „fehlerhaft“, der Regierung unterstellte er Partei-

Statt der Stellplätze fordern die Kritiker den Bau einer großen Tiefgarage

lichkeit und nannte die derzeitigen Pläne für Parkplätze am U-Bahn-Endpunkt Campus eine „Katastrophe für Martinsried“. Anwalt Werner stellte den Antrag auf ein weiteres Erörterungsverfahren und forderte ein neues Gutachten zur Parksituation. Darüber muss die Regierung jetzt in den nächsten Wochen im Rahmen des laufenden Planfeststellungsverfahrens entscheiden.

An die 1300 Einwendungen waren bei der Regierung eingegangen, nahezu alle über eine Unterschriftenliste der BIM.

Praktisch alle hatten auch nur ein Thema: Die künftige Parksituation am U-Bahnhof. Vehement fordert die BIM erheblich mehr Parkplätze als die Gemeinde und der MVV im Auge haben: 300 statt der jetzt geplanten etwa 80. Am liebsten wäre der BIM eine Tiefgarage weiter westlich des Bahnhofs nahe der Würmtalstraße. Dies lehnt die Kommune rigoros ab und stützt sich dabei in erster Linie auf ein Gutachten des MVV aus dem Jahre 2010.

Anwalt Werner erhob jetzt schwere Vorwürfe gegen die Regierung. Sie sei von vornherein „festgelegt und auf Seiten der Gemeinde“. Allein schon die Tatsache, dass der Erörterungstermin auf einen Tag falle, an viele wegen des Fenstertags in Urlaub gefahren seien, sei eine klare Geste gegen die Einwander. Nach Werners Worten hätten Regierung und Gemeinde auch ein neues Gutachten zur Parksituation „unterschlagen, systematisch Nichtinformation betrieben und somit Parteilichkeit bewiesen“.

Das Gutachten des MVV aus dem Jahr 2010 nannte der Anwalt ein „Schlechtachten“, eine absolute Zumutung, in keiner Weise überzeugend, bürgerunfreundlich, in der Summe „das schlechteste Gutachten, das ich je in meiner Laufbahn erlebt habe“. Es fehlten Angaben über den Einzugs-

Sz. 4.5. Mai 13 Teil 2



Der Zug ist noch nicht abgefahren für mehr Parkplätze am künftigen U-Bahnhof Martinsried.

FOTO: BERR

bereich des Park & Ride-Platzes, es habe keine Zählungen gegeben, alte Menschen, Behinderte und junge Mütter seien schlicht außen vor geblieben. Eigentlich, so Christoph Werner, müsste er das gesam-

te Verfahren wegen Befangenheit der Regierung ablehnen: „Aber das nutzt ja nichts.“

Er bezog sich auch auf weitere Untersuchungen der Gutachter vom Büro Basler

und Wirth, die nach seiner Überzeugung erheblich mehr Parkplätze fordern als jetzt angestrebt. Von Seiten des Verhandlungsführers der Regierung, Eduard Katzameyer, kamen keine Aussagen zu den Vorhal-

57 4./5. Mai 13 Teil 3

tungen, der Vorsitzende ließ alles weitgehend abprallen und verwies auf eine spätere Entscheidung seiner Behörde. Für die Gemeinde erklärte Rathaus-Geschäftsführer Stefan Schaudig, die Vorwürfe Werners seien aus dem Zusammenhang einiger Gutachten gerissen, Basler und Wirth hätten sich nicht auf Parkplätze bezogen, sondern auf Verkehrsströme.

Der Anwalt der Bürgerinitiative sagt: „Martinsried wird am Parksuchverkehr ersticken“

Diese Einlassung nannte Anwalt Werner eine „typische administrative Argumentation“. Unterstützung erhielt Schaudig vom Gutachter des MVV, Michael Trost. Der begründete, warum der MVV rund 50 bis 150 Plätze für ausreichend halte. Er verwies auf die Parkplätze am Klinikum, die nicht ausgelastet seien, und ebenso auf die an naheliegenden Schnellbahnen, wie der S-Bahn in Planegg oder Gauting. Im Übrigen gebe es ein „herausragendes Busnetz: Ein zu großes Angebot an Park & Ride-Plätzen führt zu viel Verkehr.“ Genau den befürchtet die BIM, wenn die Planungen der Gemeinde und des MVV verwirklicht werden: „Martinsried wird am Parksuchverkehr ersticken. Eine Katastrophe“, meinte Werner.

Ob die Regierung auf die Forderungen der BIM eingeht, wird sich in den nächsten Wochen entscheiden. Denkbar wäre auch ein Passus im Planfeststellungsbeschluss, wonach der Bauherr ausreichend Park & Ride-Plätze am U-Bahn-Endhaltepunkt vorhalten muss. Oder aber, auch das ist möglich, es wird eine weitere Anhörung und ein weiteres Gutachten geben.